

CDU und SPD stellen sich gegen mögliche Baupläne der Steag - „Wir nehmen die Sorgen der Bürger ernst“

„Weiteres Kraftwerk nicht mit uns“

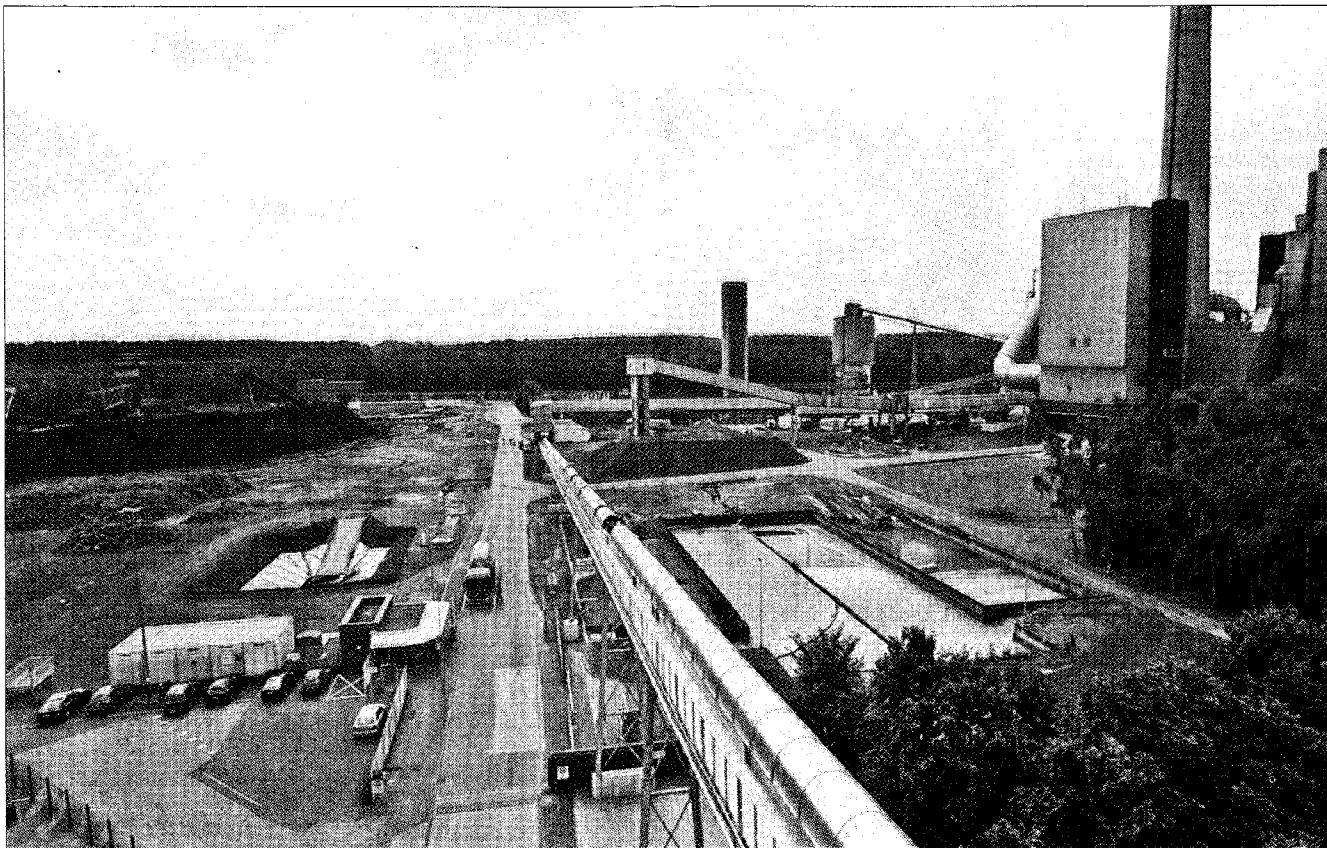
Von Bettina Szallies

Lünen. Sollte die Steag ein neues Kraftwerk in Lünen bauen wollen, zeichnet sich eine breite politische Mehrheit gegen ein solches Projekt ab. „Ein weiteres Kohlekraftwerk ist mit der CDU nicht zu machen“, sagte gestern Fraktionschef Friedhelm Schroeter.

Gleichzeitig erreichte unsere Redaktion eine Stellungnahme der SPD - ebenfalls gegen einen Steag-Bau (nebenstehender Kasten).

So eindeutig CDU-Fraktion und Stadtverband für den Bau des Trianel-Kraftwerks im Stummhafen gestimmt hätten, so eindeutig und einstimmig sei am Montagabend in der Fraktion und im Stadtverband die Entscheidung gegen ein weiteres Steag-Kraftwerk gefallen, erklärten Schroeter und Herbert Jahn als Vorsitzender des Stadtverbands.

Bekanntlich herrscht seit Monaten in Lünen öffentliches Rätselraten darüber, ob Steag, die jetzt unter dem Namen Evonik Industries firmiert, ein weiteres Kraftwerk bauen möchte. Der formale Bebauungsplan dafür besteht, die dafür nötige Hochspannungsleitung will Evonik in einer mit Trianel gegründeten „Kraftwerksmaschinenleitung GmbH“ durchs Mühlenbachtal bauen lassen. Nur: Bisher gibt es keinen offiziellen Antrag von Evonik, ein weiteres Kraftwerk bauen oder aber das alte durch ein neues ersetzen zu wollen.



So sieht es jetzt aus am Kraftwerk von Evonik Industries, ehemals Steag. Auf der Fläche neben dem Kraftwerk wäre noch Platz für ein zweites Kohlekraftwerk. Ob das Unternehmen tatsächlich bauen möchte, will es Ende des Jahres entscheiden. (Bild: Günter Blaszczyk)

Selbst wenn das bestehende, vor 60 Jahren gebaute und mehrfach erweiterte Kraftwerk ersetzt werden sollte, will die CDU dem nicht zustimmen, sagte Schroeter gestern. „Trianel soll erstmal gebaut werden, dann wollen wir die Auswirkungen und Messergebnisse abwarten“, schilderte der Fraktionsvorsitzende das von ihm gewünschte Vorgehen. Herbert Jahn ergänzte: Zehn bis zwölf Jahre

könnten die Blöcke des Steag-Kraftwerks bestimmt noch arbeiten, danach könne darüber nachgedacht werden, ob sie ersetzt werden.

Die Frage, warum sich die CDU gerade jetzt gegen eventuelle Pläne von Evonik Industries ausspricht, beantworteten Jahn und Schroeter mit „Transparenz“. „Wir haben uns frühzeitig für Trianel ausgesprochen, wir wollen auch jetzt rechtzeitig Stellung

beziehen“, so Jahn.

Diese Position solle sowohl an Evonik Industries als auch an die Bürgerschaft ein Signal sein. Jahn: „Wir nehmen die Sorgen in der Bürgerschaft ernst.“ Und es sei wohl klar, ergänzte Schroeter, dass bei einem zusätzlichen Steag-Kraftwerk „die schweigende Mehrheit dann nicht mehr sehr klein sein würde“.

Gleichzeitig erhoffen sich die Christdemokraten, dass

sich im Rat eine breite Mehrheit gegen ein weiteres Kraftwerk bildet.

Die erste Reaktion von Evonik Industries auf die CDU-Position lautete gestern folgendermaßen: „Evonik Industries ist an einer langfristigen Sicherung des Standortes Lünen interessiert.“ Eventuelle Kraftwerkspläne gebe es nicht vor Ende des Jahres, so die bereits mehrfach geäußerte Stellungnahme.

SPD-POSITION

„Wertvolle Landschaft“

- Auch die SPD Lünen bezog gestern folgen-dermaßen zu einem etwaigen Kraftwerksbau von Evonik Industries Stellung:
- „Der Bau eines zusätzlichen Kraftwerkblocks wird angelehnt.“
- Gründe sind für die SPD u.a.: „Trotz lang-jähriger systematischer Pionierarbeit auf dem Feld der Umwelttechnik (...) gehört das Steag-Kraftwerk aber zu den CO₂-emittierenden Steinkohlekraftwerken in der BRD.“
- Die SPD sieht den Standort des Stega-Kraftwerks umgeben von den wertvollsten Landschaftsräumen, die Lünen besitzt. (...) Sie prägen das Bild und die Wohnattraktivität der Stadt. (...)
- Die SPD nimmt aufmerksam und mit Sorge die massiven Bedenken in der Bevölkerung gegenüber der aktuellen Luftbelastung in Lünen wahr. Neben den objektiven Messergebnissen (...) stellt das negative 'Bauchgefühl' vieler Lünener eine Herausforderung für das politische Handeln in dieser Stadt dar.“
- Steag bzw. Evonik Industries wurden von der SPD zum Gespräch gebeten. (sza)